

Bundeskanzler Helmut Kohl vor der Presse

Schmerzliche Niederlage in Bremen und Schleswig-Holstein

Der Bundesvorstand der CDU nahm in seiner Sitzung am Montag (14. September 1987) nach den Wahlen in Bremen und Schleswig-Holstein eine erste Analyse der Wahlergebnisse vor. Im Anschluß daran gaben Bundeskanzler Helmut Kohl und die beiden Spitzenkandidaten, Ministerpräsident Uwe Barschel und Reinhard Metz, eine erste Wertung vor der Presse ab.

Bundeskanzler Helmut Kohl ging zunächst auf die bremischen Bürgerschaftswahlen ein. Er würdigte das Wahlkampfengagement der Bremer CDU und ihres Spitzenkandidaten Reinhard Metz:

„Wer in der Bremer CDU tätig ist, dem winkt nicht irgendein Job, irgendeine Position: das sind Leute, die aus persönlichem Engagement und Idealismus tätig sind. Eine Stadt, in der heute auf die Linke über 60 Prozent der Stimmen entfallen und in der sich ein politisches Umfeld entwickelt hat, das es unserer Partei besonders schwermacht, ist natürlich kein günstiges Terrain für die Politik der Union. Hier muß gekämpft werden in einer außergewöhnlichen Weise, hier muß Stehvermögen bewiesen werden wie kaum anderswo. Deswegen will ich ausdrücklich hervorheben, was Reinhard Metz und unsere Freunde in Bremen geleistet haben. Das, was ich und die Bundespartei tun können, um die Bremer CDU zu unterstützen, wird selbstverständlich getan werden. Es ist schwer, gegen jene fortdauernd betriebene Stimmung anzugehen, daß Bremen nicht die notwendige Hilfe erfahre. Jeder, der sich wirk-

HEUTE AKTUELL

● WAHLEN

Uwe Barschel: Schleswig-Holstein wird weiterhin eine stabile Regierung haben. Seite 4

Reinhard Metz: Wir schauen weiter nach vorn. Seite 7

Heiner Geißler: Stammwähler zurückgewinnen, Wählerbasis in der Mitte verbreitern. Seite 8

Infas-Analyse. Seite 9

Die Wahlergebnisse finden Sie als Dokumentation im grünen Teil dieser Ausgabe.

● ÖFFENTLICHKEITS-ARBEIT

Schaukasten und aktuelle Wandzeitungen — ideale Partner zur Information der Bürger. Seite 14

Die Haushaltsdebatte werden wir in der nächsten Ausgabe ausführlich dokumentieren.

lich damit beschäftigt hat, weiß, daß dies einfach falsch ist.“

Helmut Kohl sprach von einer schmerzlichen Niederlage in beiden Ländern, an der es nichts zu deuteln gebe. Die Wahlergebnisse müßten noch sorgfältig analysiert werden, aber es gebe durchgängige Phänomene, die auch bei früheren Wahlen, wie zum Beispiel in Rheinland-Pfalz, zu beobachten gewesen seien: „Ein sehr

Ein sehr wichtiger Punkt ist die geringe Wahlbeteiligung

wichtiger Punkt ist zunächst die geringe Wahlbeteiligung. Wenn wir in Schleswig-Holstein eine um 8,2 Prozent geringere Wahlbeteiligung haben, dann hat das unterschiedliche Gründe. Aber es ist ganz sicher: Es waren überwiegend CDU-Wähler, die aus Protesthaltungen verschiedenster Art zu Hause geblieben sind. Wenn Sie den ländlichen Raum betrachten, dann wissen Sie, daß hier die Probleme immer noch nicht ausgeräumt sind, obwohl es gerade in Schleswig-Holstein Bereiche gibt — etwa in der Grünlandwirtschaft, der Milchwirtschaft, wo die von uns getroffenen Maßnahmen inzwischen gegriffen haben, was sich aber im Bewußtsein der Menschen noch nicht durchgesetzt hat.

Wir haben außerdem regionale Probleme in anderen Bereichen, zum Beispiel bei den Werften. Aber es führt kein Weg daran vorbei, daß die Wahlergebnisse auch Gründe haben, die außerhalb der beiden Bundesländer zu suchen sind. Ich denke vor allem an die Diskussion der letzten Monate. **Dabei ist nicht die Diskussion über Sachfragen als solche schädlich. Es ist die Form dieser Diskussion mit zum Teil unerträglichen Formulierungen, die in der Öffentlichkeit natürlich ein miserables Bild der Zerstrittenheit vermit-**

tel hat. Das ist wichtig für unsere Analyse in der CDU, wichtig für die Analyse in der Union und wichtig für die Analyse in der Koalition.

Ich bin ganz sicher, daß nicht wenige am Wahltag deshalb daheim geblieben sind, weil sie sagten: Die sollen wieder in einer vernünftigen Weise miteinander umgehen! Wer so denkt, hat diesen Appell selbstverständlich in der Erwartung an uns gerichtet, daß wir dem Rechnung tragen.

Für uns war es ein strategisches Ziel, daß die Landesregierung im Amt bleibt. Das haben wir erreicht. Auch nach dieser Wahlniederlage verfügen die CDU-geführten Länder im Bundesrat über die Mehrheit. Das gab es früher nicht, und dies ist sehr wichtig im Blick auf die Gesetzesvorhaben, die vor uns stehen.

Ich will ein Wort sagen zu der üblen und unerträglichen Kampagne gegen Uwe Barschel. Ich bin mit ihm einig — und ich denke mit allen Demokraten, die guten Willens sind —, daß es für die politische Kultur unseres Landes unerlässlich ist, daß hier eine völlige Aufklärung schnellstmöglich erfolgt. **Es muß unser gemeinsames Interesse sein, daß derartige Kampagnen nicht zu einem Mittel deutscher Politik werden. Deswegen will ich hier noch einmal nachdrücklich sagen: Wir sind unbedingt dafür, jetzt die Aufklärung möglichst schnell zu erreichen.**

Die wichtigen Zukunftsaufgaben in praktische Politik umsetzen

Wir haben wichtige Zukunftsaufgaben vor uns. Die Regierung muß das, was im Koalitionsvertrag festgeschrieben wurde — Steuerreform, Kostendämpfung im Gesundheitswesen, Rentenreform, um nur ganz wenige wichtige Punkte zu nennen —, in praktische Politik umsetzen.

Dabei wollen wir auch als Christlich Demokratische Union dazu beitragen, daß sich dieses Bild, von dem ich sprach, möglichst zum Positiven hin verändert. Darüber waren wir uns im Parteipräsidium und im Bundesvorstand einig. Dazu gehört, daß wir in der Sachdiskussion offen sind für sehr unterschiedliche Meinungen, aber daß wir das in einer Form und in einem Stil austragen, die diese Diskussionen auch inhaltlich überzeugend machen.

Es kann gar keinen ernsthaften Zweifel geben: **Niemand will den Standort dieser Partei verändern.** Alles andere ist völlig

Die CDU ist Volkspartei der Mitte

abwegig. Ich stimme ausdrücklich Franz Josef Strauß zu: **Unser Ziel ist und bleibt, daß die Union als Volkspartei der Mitte Wähler, Anhänger und Sympathisanten umfaßt, die links von der Mitte bis rechts von der Mitte stehen.**

Es ist und bleibt unser Ziel, daß wir keine demokratisch verfaßte Rechtspartei rechts von der Christlich Demokratischen Union sehen wollen. Mit rechtsradikalen Gruppen wollen wir erst recht nichts zu tun haben. Das heißt also, wir müssen unseren Wählerstamm erhalten, und wir müssen die Konsequenzen bedenken, die die Veränderungen der Struktur der Wählerschaft mit sich bringen. Denken Sie nur an die jeweils neu hinzutretenden Jungwähler, an die Veränderungen des Wählerverhaltens bei jungen Frauen und vieles andere. Die Begriffe links und rechts sind heute falsch. Wenn Sie die innerparteiliche Diskussion bei uns etwa im Blick auf den § 218 beobachten, dann werden Sie rasch feststellen, daß gerade jene Gruppierungen, die sich in dieser Frage besonders engagieren, sich auch in den sozialpolitischen Fragen besonders engagieren und eher als links in der Partei eingestuft werden.

Die letzte Woche hat mir wieder deutlich gemacht — vor allem durch die überwältigende Zustimmung zu meiner Tischrede beim Abendessen für Generalsekretär Honecker —, daß es in der Frage der Einheit der Nation, in der Frage der Kontinuität unserer Geschichte natürlich kein Links- oder Rechtsschema gibt.

Gerade vor dem Hintergrund einer sehr deutlich spürbaren und — wie ich finde — erfreulichen Besinnung auf die Wertegrundlagen unserer Republik ist es von entscheidender Bedeutung, daß wir als Christlich Demokratische Union versuchen, immer wieder in den einzelnen Bereichen unserer Politik deutlich zu machen, auf welcher ethischen Grundlage wir stehen und von welchem Menschenbild wir ausgehen. Das umfaßt alle Themen, ob es sich beispielsweise um die Menschenrechte handelt, um das Prinzip der Gerechtigkeit — etwa in der Sozialpolitik — oder um den Dienst am Frieden. Wir werden jetzt in unseren Gesprächen mit den Freunden und Kollegen aus der CSU und dann in der Koalition auch mit der FDP diese Grundlagen klar und deutlich herausstellen. Und, was noch wichtiger ist, wir werden demonstrieren, was wir in der Koalitionsaussage gemeinsam gesagt haben: nämlich die Politik in diesen vier Jahren kraftvoll zu gestalten und notwendige Entscheidungen herbei-

Keine Alternative zu dieser Koalition

zuführen. Gerade eine solche Wahlniederlage macht besonders klar, daß dies unsere Pflicht ist. **Es gibt keine Alternative zu dieser Koalition. Ich bin fest entschlossen, das Meine dazu beizutragen, daß diese Koalition ihre erfolgreiche Politik fortsetzt und dies auch den Wählern deutlich vermittelt, um nach den bitteren Erfahrungen der letzten Wahlen bei den bevorstehenden Wahlen bessere Resultate für uns zu erzielen.**

Ministerpräsident Uwe Barschel

Schleswig-Holstein wird weiterhin eine stabile Regierung haben

Das Wahlergebnis von Schleswig-Holstein war nicht nur für mich, sondern auch für meine Parteifreunde enttäuschend. Insbesondere die Stimmenverluste meiner Partei bedrücken uns. Ich persönlich habe sie in dieser Größenordnung auch nicht erwartet. Aber zum Ergebnis dieser Landtagswahl gehört natürlich auch die Feststellung, daß es keiner Partei gelungen ist, eine eigene Mehrheit zu etablieren, insbesondere auch nicht den Sozialdemokraten. Es gehört ferner die Feststellung hinzu, daß die Gefahr eines rot-grünen Bündnisses für unser Land abgewendet werden konnte.

Die CDU wird weiter die Landesregierung führen in einer Koalition mit der FDP. Die Koalitionsaussage der FDP stand seit Monaten fest. Sie ist verlässlich, stabil und glaubwürdig. Wir haben schon am Wahlabend die ersten Gespräche mit der Fraktion der FDP geführt. Ich darf Ihnen sagen, daß wir in den nächsten Tagen zunächst mit den Sondierungsgesprächen und dann mit den Koalitionsge-sprächen beginnen werden. CDU und FDP haben 37 Mandate, und es ist daraus vielfach der Begriff abgeleitet worden, es sei ein Patt in Schleswig-Holstein. Dies ist nicht der Fall. Die Regierung ist im Amt, sie bleibt auch im Amt nach der Verfassung des Landes Schleswig-Holstein. Lediglich für Gesetzesvorlagen und für Haushaltsvorlagen brauchen wir, wenn alle Abgeordneten anwesend sind, die 38. Stimme. Der SSW-Abgeordnete Karl Otto Meyer — von der 5-Prozent-Hürde aufgrund des Wahlgesetzes als

Repräsentant der dänischen Minderheit befreit — hat bereits am Wahlabend angekündigt und auch vorher mir schon gesagt, daß er bereit ist, nach Einzelfall-Gesprächen CDU- und FDP-Vorlagen, bei denen es auf die 38. Stimme dann ankommen könnte, zu unterstützen.

Lassen Sie mich einige Sätze sagen zum Abschneiden meiner Partei. Da sind zunächst einmal **zwei formale Gründe** zu erwähnen. Nach der Koalitionsaussage der FDP zugunsten der CDU stand im Grunde für jedermann fest, daß sie dazu führen wird, daß die FDP wieder in den Landtag einziehen wird und der Stimmenzuwachs der FDP ganz überwiegend auf Kosten der CDU gehen wird. Die FDP ist in den Landtag eingezogen, allerdings sehr knapp mit 5,2 Prozent. Wir wußten auch, daß das erstmalige Auftreten der sogenannten Unabhängigen, sie haben schlechte — würde ich sagen — und von vielen so nicht erwartete 1,3 Prozent erreicht, überwiegend zu Lasten der CDU gehen würde. In den angeblichen Hochburgen dieser Unabhängigen, also etwa in den ländlichen Räumen, speziell auch an der Westküste, haben die Unabhängigen nicht viel stärker als im Landesdurchschnitt abgeschnitten. Deshalb glaube ich, ist es wichtig, daß man in einer ersten Bewertung ein paar Sätze sagt für weitere Gründe des Wahlergebnisses.

Da fällt zunächst auf, daß die Wahlbeteiligung mit über acht Prozent unter der Wahlbeteiligung der letzten Landtagswahl liegt. Man kann hieraus sicherlich nicht den Schluß ziehen, daß diese

schlechte Wahlbeteiligung ausschließlich der Union geschadet hat. Das gilt sicherlich in einigen Regionen, wahrscheinlich insbesondere in den ländlichen Regionen. Wir haben aber auch Beispiele in Städten, insbesondere in großen Städten, wo wir gerade in sozialdemokratischen Hochburgen eine überdurchschnittlich schlechte Wahlbeteiligung hatten und zugleich ein unterdurchschnittlich gutes Abschneiden der Sozialdemokraten verzeichnen mußten. **Die schlechte Wahlbeteiligung hat überwiegend der Union geschadet.**

Das Wahlergebnis hat **landespolitische Gründe**. Ich würde hier zuallererst die Tatsache nennen, daß wir im Vergleich mit den wirtschaftlichen Daten des Bundes regional und auch sektoral einige Probleme haben. Ich nannte bereits den nördlichen Landesteil, ich nannte bereits die Westküste. Hier haben wir schlechtere Ergebnisse zu verzeichnen. Wir müssen, was die Sektoren angeht, erinnern an die **Probleme der Landwirte, der Werften**. Vielleicht ist auch die **Bauwirtschaft** in diesem Zusammenhang noch zu nennen. Auf der anderen Seite haben wir aber auch Regionen, insbesondere im Hamburger Nachbarschaftsraum, wo wir überdurchschnittlich gut abgeschnitten haben, wo zum Teil sogar die Sozialdemokraten Stimmen verloren haben. Ich will nicht verhehlen, daß es uns möglicherweise nicht gelungen ist, unser volles Potential zu 100 Prozent zu mobilisieren. Den Sozialdemokraten ist es auch nicht gelungen, was ja die schlechte Wahlbeteiligung

belegt. Das mag sicherlich auch ein bißchen damit zusammenhängen, daß ich nun zehn Wochen ausgefallen bin, aus den Ihnen bekannten Gründen, und auch in den mir zur Verfügung stehenden fünf Wochen nur einen Wahlkampf leisten konnte, der zeitlich eingeschränkt war, weil ich doch noch zwei-, dreimal in der Woche ambulant die Lübecker Universitätsklinik aufsuchen mußte.

Aber sicherlich hat auch **das Erscheinungsbild der Bundespartei** dazu beigetragen, daß die Bereitschaft, Flugblätter zu verteilen, Plakate zu kleben, an Canvassing-Ständen in Erscheinung zu treten, bei unseren Parteifreunden nicht so ausgeprägt gewesen ist, wie wir uns das gewünscht hätten. Ich bin aber weit davon entfernt, hier und heute zu sagen, dieser oder jener Diskussionspunkt etwa in den Sommermonaten hätte dazu geführt, daß in einer bestimmten Prozentgrößenordnung die Union schlechter abgeschnitten hat. Da ich diese kritische Bemerkung hier mache, möchte ich ausdrücklich erwähnen, daß wir einen so nicht erwarteten Unterstützungswahlkampf, angeführt durch unseren Parteivorsitzenden, Bundeskanzler Helmut Kohl, erleben durften. Fast das gesamte Bundeskabinett hat uns aktiv unterstützt, ebenso der Generalsekretär. Meinen Freund Gerhard Stoltenberg darf ich in diesem Zusammenhang nicht erwähnen, er ist ja der Landesvorsitzende der schleswig-holsteinischen CDU und hat von daher selbstverständlich einen ganz überdurchschnittlichen und sehr erfreulichen Wahlkampfeinsatz geleistet.

Mir ist in diesem Wahlkampf in Schleswig-Holstein aufgefallen, daß **die SPD** in den Sommermonaten und davor geklagt hat, sie sei so arm und sie hätte kein Geld, diesen Wahlkampf zu finanzieren. **Sie hat eine gigantische Materialschlacht inszeniert**; sie war, was das Verteilen von

Zitat

„Ihre Partei hat mehr Flügel als ein Vogel verträgt“.

(CSU-Landesgruppenchef Theo Waigel zu Oppositionsführer Vogel im Deutschen Bundestag)

Material angeht und auch was das Plakieren angeht, sehr viel aufwendiger und nicht nur aufwendiger, sie hat sich das sehr viel mehr kosten lassen als die CDU unseres Landes. Hier muß ganz offenbar aus anderen Kreisen, möglicherweise aus der Bundespartei, nachgeholfen werden sein.

Ich möchte abschließend in einer kurzen persönlichen Bemerkung auch nicht verhehlen, daß ich nicht nur nicht ausschließen kann, sondern Grund habe zu der Vermutung, daß die **Rufmordkampagne** gegen mich, die ihren Höhepunkt wenige Stunden vor Schluß des Wahlkampfes und wenige Stunden vor Öffnung der Wahllokale auch noch eine gewisse Wirkung erzielt hat. Wir haben ungültige Stimmen in einer Anzahl, die doppelt so hoch liegt wie 1983 und es haben ja nur etwa 1 500 Stimmen gefehlt, dann hätten wir, CDU und FDP zusammengenommen, das 38. Mandat errungen. Das wäre zugunsten der CDU gegangen. Ich meine, es ist doch schon auffällig, daß wenige Tage nach meiner Entlassung aus der Universitätsklinik ein bestimmtes oder einige bestimmte Presseorgane den Versuch gemacht haben, durch Vermutungen und durch Verdrehungen mir zu unterstellen, ich würde schuld sein am Tod einiger Insassen dieses tragischen Flugzeugunglückes. Dann diese Kampagne wenige Stunden vor Öffnung der Wahllokale, inszeniert in einer Weise, daß ich gar nicht mehr die Möglichkeit hatte, mich dagegen politisch oder auch rechtlich zur Wehr zu setzen.

Im Norddeutschen Rundfunk wurde die Sportsendung für eine wichtige Durchsage unterbrochen, und das, was im Staatsvertrag steht und auch für Journalisten als Grundsatz der Fairneß selbstverständlich ist, wurde nicht eingehalten, mir nämlich Gelegenheit zu geben, vor Ausstrahlung zu diesen ungeheuerlichen

Bundes-SPD ist noch nicht überm Berg

„Inwiefern kann der SPD-Erfolg in Bremen und Schleswig-Holstein auf den Bund hochgerechnet werden? Ist die SPD nach diesen Wahlen bundesweit wieder mehrheitsfähig?“

„Ich glaube, vor diesem Trugschluß muß man warnen. Man muß einfach sehen, daß zum Beispiel in Bremen ein Viertel der potentiellen CDU-Anhänger nicht wählen gegangen ist. Eben, weil man dort den Sozialdemokraten mehr zutraut. Bei der Bundestagswahl würden diese Anhänger der Union alle wieder wählen gehen. Das heißt, wir hätten eher ein Ergebnis wie im Januar, wo die SPD in der Hansestadt nur 46,5 Prozent erreichte. In Schleswig-Holstein ist es ähnlich. Auch dort hat die SPD ja nur das Ergebnis vom Januar eingestellt — und nichts darüber hinaus gewonnen.“

(Aus einem Interview der Stuttgarter Nachrichten vom 15. 9. 1987 mit dem Wahlforscher Manfred Güllner zur Lage der Sozialdemokraten.)

Vorwürfen zunächst einmal Stellung zu nehmen. Ich habe jetzt die notwendigen politischen und juristischen Schritte eingeleitet, die sind Ihnen bekannt. Ich werde alles in meinen Kräften stehende tun, um so schnell wie möglich jeden auf mir ruhenden Verdacht auszuräumen, damit endlich der politische Alltag in Schleswig-Holstein einkehrt. Es ist untraglich, in dieser Weise die politische Kultur im Lande Schleswig-Holstein beschädigt zu sehen.

Ich gehe davon aus, daß Schleswig-Holstein weiterhin eine stabile Regierung haben wird, auf die sich die Bundesregierung, nicht nur was das Abstimmungsverhalten im Bundesrat angeht, sondern auch was das allgemeine politische Verhalten angeht, verlassen können.

Reinhard Metz

Wir schauen weiter nach vorn

Das Bremer CDU-Ergebnis ist das schlechteste seit 1959. Rein rechnerisch ist im Moment zu erkennen, daß die Summe der Gewinne von FDP und Rechtsparteien den Verlusten der CDU entsprechen. Die FDP hat stark auf unsere Kosten gewonnen in Bremen und in Bremerhaven. In Hochburgen der Bremer CDU, die es auch gibt oder gab, hat die CDU bis zu 20 % verloren und die FDP knapp 20 % gewonnen. In Bremen wollten viele Wählerinnen und Wähler schlimmeres verhindern, deshalb haben sie die FDP gewählt, die eine Koalitionsaussage zugunsten der SPD gemacht hatte, mit dem Ergebnis, daß jetzt die SPD weiter alleine regiert und die größte Oppositionspartei stark geschwächt ist. Die FDP wird in Bremen auch künftig nichts verhindern können.

Bremen war bei dieser Wahl politisches Testfeld für rechts, bzw. für rechtsradikale Parteien. Die Republikaner, die in Bremen und in Bremerhaven angetreten waren, sind gescheitert mit 1,3%. Die Deutsche Volksunion Liste D hat mit einem beispiellosen Einsatz von Geld und Material diesen überschaubaren Zwei-Städte-Staat überzogen und hat in Bremerhaven die 5%-Marke knapp übersprungen.

Es hat eine sehr geringe Wahlbeteiligung gegeben und wir glauben, daß diese mangelnde Wahlbeteiligung auch vor allem zu unseren Lasten geht. Nach ersten Untersuchungen sind 20000, das sind fast fünf Prozent unserer Wähler, der Wahlurne ferngeblieben.

Die Bremer SPD hat alles versucht, in diesem Wahlkampf von bremischen The-

men abzulenken, sie hat sich den Umstand zunutze gemacht, daß das in Bremen und Bremerhaven sehr lange und sehr breit vorhandene Vorurteil, Bonn tue nichts für Bremen, immer wieder in den Mittelpunkt des Wahlkampfes gerückt wurde. Das ist objektiv falsch. Aber gegen dieses Vorurteil ist schwer anzukommen.

Das Thema „Neue Heimat“ hat eine gewisse Rolle gespielt. Der Bremer Senat hat kurz vor der Wahl termingerecht 45 000 Neue-Heimat-Wohnungen — das sind in Bremen und Bremerhaven etwa so viele wie im gesamten Land Nordrhein-Westfalen — gekauft und dies natürlich gegenüber den Mietern entsprechend vermarktet.

Die Grünen, die bei der Bundestagswahl auf 14,5 Prozent gekommen waren, sind jetzt bei gut zehn Prozent, d.h. also, daß das rot-grüne Potential in Bremen über 60 Prozent beträgt. Die Bremer CDU wird diese Ergebnisse im einzelnen sorgfältig analysieren.

Die Bremer CDU besteht aus Mitgliedern, die im wesentlichen Überzeugungsträger und keine Opportunisten sind. Wir sind entschlossen alles zu tun, um diese Scharte bei den nächsten Wahlen wettzumachen. Wir schauen weiter nach vorn.

Zitat

Meine größte Sorge ist, daß wir in unserer Zivilisation die religiöse Dimension verlieren...

(Altbundespräsident Karl Carstens anlässlich des 40jährigen Bestehens der Jungen Union in der Bonner Beethovenhalle)

Heiner Geißler

Stammwähler zurückgewinnen, Wählerbasis in der Mitte verbreitern

Interessierte politische Kreise unter Anführung der Spiegelredaktion in Hamburg haben eine in der bisherigen Parlamentsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland beispiellose Schmutzkampagne mit der Absicht inszeniert, der CDU in Schleswig-Holstein bei der Wahl zu schaden. Sie haben diese, ich verende die Begriffe von Ministerpräsident Barschel, „erstunkene und erlogene“ Verleumdung so angelegt, daß der Betroffene zeitlich nicht mehr in der Lage war, sich wirksam zu wehren. Was sich hier abgespielt hat, dieses Bubenstück 24 Stunden vor der Wahl in bundesweiter Medienverbreitung, wird Anlaß sein, auch über die wahlrechtliche Beurteilung eines solchen Vorganges eine öffentliche Debatte zu führen.

Es gab in den letzten Monaten eine Reihe von wichtigen und herausragenden Entscheidungen des Bundeskanzlers und von politischen Ereignissen, die eine breite Zustimmung der Bevölkerung gefunden haben und auch geeignet gewesen wären, zu einem guten Wahlergebnis in Schleswig-Holstein und in Bremen beizutragen. Dazu gehören die Steuerreform, der Einsatz von Norbert Blüm für die Menschenrechte, die Entscheidung des Bundeskanzlers, die Pershing 1 A nicht zu modernisieren und dadurch einen wichtigen Beitrag zu leisten für die Abrüstung der Mittelstreckenraketen, und dazu gehört vor allem die Verbesserung der Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten durch den Besuch von Erich Honecker in der Bundesrepublik Deutschland und die damit verbundenen

Vereinbarungen. Dies alles waren gute, wichtige Entscheidungen. Wenn alle in der Union diese positiven Ereignisse und die Politik des Bundeskanzlers vor diesen Landtagswahlen einmütig und offensiv vertreten hätten, dann wäre das Wahlergebnis vermutlich besser gewesen.

Das Wahlergebnis in Bremen ist atypisch, und zwar deswegen, weil eine ganze Reihe von CDU-Wählern FDP gewählt haben in der Erwartung oder in der Gewißheit, daß die Christlich Demokratische Union bei der Regierungsbildung in Bremen ohnehin keine Rolle spielen werde — möglicherweise aber die FDP in dem Fall, daß die Sozialdemokraten nicht die absolute Mehrheit bekommen sollten und es infolgedessen zu einer Koalitionsentscheidung kommen könnte wie in Hamburg. Das hat einige dazu gebracht, die FDP und nicht die CDU zu wählen. Insoweit ist dieses Wahlergebnis, was die Höhe der FDP-Gewinne anbelangt, atypisch.

Das Wahlergebnis in Schleswig-Holstein und Bremen entspricht, so muß man leider sagen, vom Wahlkampfverlauf und auch vom Wählerverhalten her gesehen — Hessen ist die Ausnahme — den Wahlen und den Wahlergebnissen in diesem Jahr. Diese Wahlergebnisse geben natürlich Anlaß für die Führung der Christlich Demokratischen Union, nachzudenken über die Gründe, und sie geben Anlaß, die notwendigen inhaltlichen Konsequenzen zu ziehen. Die vom Bundesvorstand in seiner Wahlanalyse gezogene Schlußfolgerung, langfristig Stammwähler zurückzugewinnen und die Wählerbasis in der Mitte zu verbreitern, bleibt daher die Aufgabe der vor uns liegenden Jahre.

Infas-Analyse

Trotz starker Bewegungen wurde politisch wenig bewegt

„Das Ergebnis der beiden Wahlen vom letzten Sonntag entsprach weithin den Erwartungen, die sich aus Umfragen und Stimmungsbildern herausgeschält hatten: Eine hauchdünne Koalitionsmehrheit statt der CDU-Alleinregierung in Schleswig-Holstein; und die unangefochtene absolute Mehrheit der Sozialdemokraten in Bremen. Trotz starker Wählerbewegungen wurde politisch wenig bewegt“, heißt es in einer Wahl-Analyse des Instituts für angewandte Sozialwissenschaft (Infas) in Bad Godesberg.

Stadt-Land-Gefälle in Schleswig-Holstein

Der Wahlkampf im hohen Norden war wesentlich spannungsreicher, der Ausgang wesentlich knapper als der Wettstreit an der Weser. Der heftige Schlagabtausch in Kiel am Ende wird Folgen für die Regierungsbildung haben; auf das Wählerverhalten dürfte er sich kaum nachhaltig ausgewirkt haben. Seit mehreren Wahlen sind leichte Verlagerungen der politischen Gewichte von den Parteien der Bonner Koalition zur rot-grünen Opposition zu verzeichnen. Dieser Trend ist deutlich verstärkt worden. SPD und Grüne zusammen liegen jetzt mit 49,1 Prozent klar vor CDU und FDP, die gemeinsam nur auf 47,8 Prozent kamen, weniger also, als die CDU seit den 60er Jahren bei jeder Landtagswahl für sich allein erzielen konnte.

Rund 3 600 Wähler, die der FDP über die Hürde der fünf Prozent verhalfen, verschafften Uwe Barschel den Vorsprung

von einem Mandat und verhinderten einen Machtwechsel in Kiel, so wie rund 1 600 Stimmen ein halbes Jahr zuvor Walter Wallmann den für den Regierungswechsel in Wiesbaden nötigen Vorsprung besorgt hatten.

Die **Wahlbeteiligung** lag diesmal um über acht Punkte unter der von 1983, die damals im Sog der eine Woche vorher gelaufenen Bundestagswahl gestanden hatte. Diese größere Enthaltensamkeit ging zu Lasten der beiden großen Parteien.

Die Einbußen der Christdemokraten liegen mit 6,4 Prozentpunkten in ihrer Größenordnung nahe bei den Verlusten in Rheinland-Pfalz am 17. Mai (minus 6,8 Punkte). Auch die **Wanderungsbilanzen** beider Wahlen weisen erstaunliche Parallelen auf: Die drei wichtigsten Ströme der CDU im hohen Norden verlaufen in die Wahlenthaltung (Saldo 23 000). Aber auch das regionale und strukturelle Muster der CDU-Verluste ist mit den Trends in Rheinland-Pfalz nahezu dekklungsgleich: überdurchschnittliche Verluste in den ländlichen Gebieten, relativ geringe Einbußen in den städtischen Wahlkreisen.

Die Zone der stärksten CDU-Verluste (mit mehr als acht Prozentpunkten) zieht sich vom nördlichen Schleswig (Südtonder, Husum, Flensburg-Land) über Rendsburg und Dithmarschen bis Segeberg und Plön. Hier konnte die SPD entsprechend kräftig zulegen. **Der politische Protest der Bauern** hat in vielen Dörfern der CDU Verluste von teilweise weit über zehn Prozentpunkten zugefügt. In vielen Fällen kam dies der SPD zugute. Die

Wahlbeteiligung in diesen Kreisen lag über dem Landesdurchschnitt, die Verärgerung schlug sich nicht in Stimmenthaltungen nieder, anders als etwa in Bayern. In den meisten dieser Wahlkreise konnte auch die Unabhängige Wählergemeinschaft (UWSH) mit Werten zwischen zwei und vier Prozent die CDU in zusätzliche Bedrängnis bringen.

In keinem einzigen Wahlkreis lag das CDU-Ergebnis über 50 Prozent. Nur in 16 der 44 Wahlkreise wurde sie diesmal stärkste Partei, 28 fielen an die Sozialdemokraten; 1983 war das Verhältnis noch 34 zu 10 gewesen, d. h. **18 Wahlkreise wechselten von der CDU zur SPD.**

Auf der anderen Seite hielten sich die Verluste der CDU in den Hamburger Umlandkreisen sowie in der Stadt Lübeck in Grenzen (3,9 bzw. 3,6 Punkte). In diesen städtischen Gebieten mußte sich die SPD mit ihrem Stimmenanteil von 1983 begnügen oder sogar, wie in Lübeck, leichte Verluste einstecken. In Kiel dagegen lag der SPD-Gewinn mit zwei Punkten über dem Durchschnitt. **Die Stimmenverlagerungen von der CDU zur SPD folgen also einem Muster, das vor allem von Stadt-Land-Unterschieden, aber auch einem leichten Nord-Süd-Gefälle geprägt ist.**

Die FDP hat in allen 44 Wahlkreisen ziemlich gleichmäßig zugelegt und in insgesamt 25 Wahlkreisen die Fünf-Prozent-Schwelle überschreiten können. Die Grünen dagegen konnten nur in Kiel sowie in Lübeck-Mitte und Südtondern mehr als fünf Prozent verbuchen. Im Hamburger Umland ging ihr Anteil gegenüber 1983 sogar zurück.

Mehr Stimmen als seit Jahren hat der Südschleswigsche Wählerverband mit seinen 1,5 Prozentpunkten und seinem von der Fünf-Prozent-Klausel verschonten Stammplatz im Parlament erringen können. Der SSW hat, weil er der CDU/

FDP-Koalition seine Gunst beweisen oder entziehen — und damit ein Patt bewirken — kann, mehr Einfluß als je zuvor.

Milieuunterschiede in Bremen

Trotz massiver Probleme auf dem Arbeitsmarkt und trotz des hohen Schuldenberges weist die seit Kriegsende regierende Mehrheitspartei in Bremen eine beachtliche Stabilität auf, auch nach dem Stabwechsel von Hans Koschnick zu Klaus Wedemeier vor zwei Jahren. Der gegen die Sozialdemokratie laufende Trend in den großen Städten ist scheinbar aufgehalten. Hinter diesem äußeren Eindruck stecken allerdings komplexere Vorgänge.

Das Bremer Wahlergebnis ist durch Verschiebungen von den Großen zu den Kleinen gekennzeichnet. SPD und CDU zusammen können jetzt nur noch knapp 74 Prozent der Wähler an sich binden. Grüne und FDP haben ihre Stimmenzahlen in etwa verdoppelt, die Liberalen sogar ihren Zweitstimmenanteil der Bundestagswahl übertroffen. Während Grüne und FDP in allen Stadtteilen nur Gewinne, die CDU überall nur Verluste zu verzeichnen hatten, gab es für die Sozialdemokraten positive und negative Trends. Ihre absolute Mehrheit hat sie dadurch halten können, daß sie von den CDU-Verlusten profitierte und die Abwanderungen zu den Grünen und zur FDP teilweise kompensieren konnte.

Die Wanderungsbilanz für das Land Bremen weist für die SPD im Saldo Verluste gegenüber der FDP (rund 10 000 Stimmen), den Grünen (rund 8 000 Stimmen) und den übrigen Parteien (rund 2 000 Stimmen) auf. Dem stehen Zugewinne von der CDU (im Saldo 4 000) sowie bei den Erstwählern gegenüber. Besonders bemerkenswert ist — im Kontrast zu Schleswig-Holstein und anderen Wahlen

— die Tatsache, daß die SPD unter der gesunkenen Wahlbeteiligung nicht zu leiden hatte, sondern im Gegenteil durch gezielte Anstrengung frühere Nichtwähler mobilisieren konnte.

Das spektakulärste Ergebnis der Doppelwahl ist **der dramatische Verlust der CDU**. Sie verfügt heute noch nicht einmal über halb so viel Stimmen wie die SPD und ist kaum stärker als FDP und Grüne zusammen. **Fast ein Drittel ihrer Stimmanteile von 1983 ging verloren, und zwar nach allen Seiten: zur SPD, FDP, zu den Grünen, den rechten Randgruppen und vor allem den Nichtwählern.** Von keiner Seite hat sie etwas gewonnen. Parlamentarische Abspaltungen und notorische Führungsschwäche ließen die Wähler ohne jede Orientierung. In keiner anderen Großstadt hat die CDU in den letzten Jahren so wenig Fuß fassen können und so viel Terrain aufgeben müssen wie hier.

Am massivsten war der Stimmenabbau in den vornehmen Villenvierteln (Bürgerpark, Schwachhausen) im Bremer Osten, wo die CDU von 50 auf 32 Prozent sackte und die FDP sich von 9 auf 21 Prozent verbessern konnte. In der traditionellen CDU-Hochburg Schwachhausen liegen die Christdemokraten nur noch 5 Punkte vor den Sozialdemokraten. In allen anderen Stadtteilen von Bremen und Bremerhaven liegt die SPD auf Platz 1.

Die SPD hat ihre Anhänger in ihren Hochburgen, in den Arbeitervierteln von Bremen-West, aber auch in den Großsiedlungen der Neuen Heimat stabilisieren und mobilisieren können. **In den Altbauquartieren der inneren Stadt dagegen gab es kräftige Verluste der SPD an die Grünen. Die baulichen Strukturen wirken prägender als die beruflichen Zuordnungen.** In Gröpelingen, mit seinen alten Reihenhäusern, konnte die SPD noch 1,7 Punkte zulegen und sich auf stolzen 68 Prozent etablieren; die Grünen mußten

sich hier mit 6 Prozent begnügen. In der östlichen Vorstadt und in Bremen-Mitte, mit den Ortsteilen Ostertor und Steintor, verloren die Sozialdemokraten zwischen 1 und 2 Punkten, die Grünen kletterten auf mehr als 20 Prozent. Im Stadtteil Vahr, in den Neubausiedlungen, gab es dagegen Zugewinne der SPD und einen Anteil von fast 57 Prozent, bei mageren 6,2 Prozent für die Grünen. Das Thema „Neue Heimat“ gab hier offenbar am Schluß noch spürbaren Antrieb.

FDP und Grüne teilen sich mit jeweils etwa 10 Prozent der Stimmen den Markt nach dem Prinzip: drinnen grün, draußen blau-gelb. Sowohl das Stärkeverhältnis als auch die Stimmenentwicklung folgen einem Raster, nach dem **in den inneren Stadtbezirken die Grünen, in den Vororten die Liberalen** den Vorteil hatten.

Für die Stadt Bremen gilt damit, daß die SPD eindeutiger als bei anderen Wahlen — vor allem im städtischen Dienstleistungsbereich — die politische Mitte für sich besetzen konnte.

Sonderentwicklung in Bremerhaven

Aus diesem Rahmen fällt bei dieser Wahl das Teilergebnis für Bremerhaven. Dort hatte bei allen früheren Wahlen die SPD mit einem größeren Vorsprung als in Bremen das Feld angeführt. Am 13. September liegt das Ergebnis von Bremerhaven zum ersten Mal um etwa 3 Prozentpunkte unter dem für die Freie Hansestadt. Dies hat seine Ursachen in der spezifischen Wirtschaftsstruktur, in der größeren Krisenbetroffenheit (Fischindustrie) und höheren Arbeitslosigkeit, aber auch im politischen Klima. Die rechten Randgruppen sind deutlich stärker als in Bremen. Der persönliche Bonus des Bremer Bürgermeister strahlt nicht voll in die auf Autonomie bedachte nördliche Schwesterstadt hinein.

Rita Süsmuth:

Junge Frauen wollen in der Partei aktiver werden

Nach einem Gespräch mit dem Arbeitskreis „Politik für junge Frauen“ erklärten die Vorsitzende der CDU-Frauenvereinigung, Rita Süsmuth, und die Sprecherin des Arbeitskreises, Rita Pawelski:

Junge Frauen erwarten mehr von der CDU — mehr Beteiligung an der politischen Willensbildung; mehr Empfindsamkeit für ihre spezifischen Erfahrungen, Fragen und Probleme.

Die Mitglieder des Arbeitskreises werden in nächster Zeit verstärkt in die Parteiöffentlichkeit treten, nicht zuletzt alarmiert durch erhebliche Stimmenverluste der CDU bei den jüngeren Wählern, zugleich aber ermuntert durch steigende Mitgliederzahlen in der CDU.

Konkrete Politik von jungen Frauen für junge Frauen will neue Wege gehen, um

die Essener Leitsätze der CDU zur Partnerschaft von Mann und Frau zu verwirklichen. Die jungen Frauen werden sich nicht nur mit den sogenannten frauentypischen Themen beschäftigen, sondern auch zu Fragen von Abrüstung und Friedenssicherung, von Umwelt und Gesundheit und zur Situation von Frauen in der Arbeitswelt Stellung nehmen. Sie fordern darüber hinaus eine weitergehende Anerkennung von Familienarbeit und eine stärkere Berücksichtigung der Bedürfnisse von Kindern in unserer Gesellschaft.

Die Mitglieder des Arbeitskreises wünschen sich mehr Unterstützung für ihre Arbeit von Männern in der CDU, so wie sie etwa vom Generalsekretär der CDU, Dr. Heiner Geißler, MdB, bereits seit geraumer Zeit erfolgt.

Die SPD hat in Bremerhaven 4 Prozentpunkte eingebüßt, die CDU hat sich etwas besser gehalten als in Bremen (—8,7 Punkte), FDP und Grüne weisen ähnliche Trends wie in Bremen auf. Die eigentliche politische Sensation ist das gute Abschneiden der rechtsradikalen Splittergruppen, allen voran die Liste D (DVU), die in Bremerhaven 5,4 Prozent der Stimmen und — infolge des besonderen Wahlgesetzes — damit ein Mandat in der Bremer Bürgerschaft gewinnen konnte. Zusammen mit den 1,6 Prozent der Republikaner hat der rechte Flügel hier 7 Prozent zu verzeichnen, und zwar gleichmäßig über das ganze Stadtgebiet; in Bremen bringen es die beiden Rechtsausleger auf nur 4 Prozent.

Die Republikaner haben schwächer abgeschnitten als vielfach erwartet, wohl auch weil sie nicht weit genug vom schlechten Image der CDU entfernt waren. Die radikalere Liste D hat nicht nur Wähler im bürgerlichen Lager an sich ziehen können, sondern auch der SPD konservative Anhänger abspenstig gemacht. In den Gebieten mit hohem Arbeiteranteil hat die DVU etwas höhere Anteile gewonnen als in den Stadtteilen der Angestellten und Beamten. So wirkten wirtschaftliche Depression und die geringere Bindung an die Stadt Bremen zusammen, stärkten den rechten Flügel und kosteten der Bremerhavener SPD zum ersten Mal auch die absolute Mehrheit in der Stadtverordnetenversammlung.

Pressestimmen zur Haushaltsdebatte

„... Gerhard Stoltenberg steuert — alles in allem — einen verlässlichen Kurs. Seine Finanzpolitik vermittelt einen Eindruck, den Bonn nicht immer ausstrahlte: Vertrauen. ... Entscheidend ist, ob der Staat seinen Bürgern nicht zuviel abverlangt, ihre Eigeninitiative also lebendig hält, ihre Ansprüche auf Sicherheit und soziale Vorsorge inflationsfrei erfüllt, ohne dabei die Quellen des Wachstums zu verschütten, aus denen allein der Wohlstand sprudelt. Hier leistet Stoltenbergs Kassenführung den ihr möglichen Beitrag.“

(Die Welt, 10. 9. 1987)

„Vor allem die CDU empfahl sich gestern als Interessenvertretung des kleinen Steuerzahlers.“

(General-Anzeiger, Bonn, 10. 9. 1987)

„Die Opposition konzentrierte ihre Kritik vor allem auf Bundesfinanzminister Stoltenberg, der ja auch CDU-Vorsitzender im nördlichsten Bundesland ist. ... Die Erfahrung lehrt jedoch, daß Schläge unter die Gürtellinie des politischen Gegners überzeugende Argumente nicht ersetzen können. Und Stoltenberg ist immer dann am besten, wenn er sich herausgefordert fühlt und kämpfen muß.“

(Frankfurter Allgemeine Zeitung, 10. 9. 1987)

„... so nahm naturgemäß die Zwischenbilanz dieses Ereignisses (des Honecker-Besuches, die Red.) den größten Teil der Kanzlerrede ein, die überlegen, streckenweise staatsmännisch wirkte.“

(Rheinische Post, 11. 9. 1987)

„... Kohl ... demonstrierte keineswegs ... eine resignative Verfassung. Der oft bewiesenen Fähigkeit des Kanzlers, Gelassenheit zu demonstrieren, hat auch dieser Sommer mit all seinen Querelen anscheinend keinen Abbruch getan.“

(Deutschlandfunk, 10. 9. 1987)



Tischrede von Bundeskanzler Helmut Kohl bei einem Abendessen zu Ehren von Generalsekretär Erich Honecker am 7. September 1987 in Bonn-Bad Godesberg

**Die Einheit der Nation be-
wahren - mehr Miteinander
und Freiheit**



Neu im Angebot

Die Tischrede von Bundeskanzler Helmut Kohl anlässlich des Arbeitsbesuches von Honecker gibt es jetzt auch als Broschüre. Diese Rede hat grundsätzliche Bedeutung für die Fragen nach der Einheit der Nation und dem Verhältnis der Bundesrepublik Deutschland zur DDR. Sie sollte eine möglichst weite Verbreitung finden.

Die Broschüre ist zu den üblichen Bedingungen über das IS-Versandzentrum, Postfach 13 28, 4804 Vermold, zu beziehen.

Rede Helmut Kohls zum Besuch Erich Honeckers

„Die Einheit der Nation bewahren – mehr Miteinander und Freiheit schaffen“

Bestell-Nr.: 3002

Mindestabnahme: 50 Exemplare

Preis pro Mindestabnahme: 19,— DM

zzgl. MwSt.

Schaukasten und aktuelle Wandzeitungen – ideale Partner zur Information der Bürger

CDU-aktiv

Das geht alle Ortsverbände an: Gerade auf kommunaler Ebene sind Schaukästen und Wandzeitungen für die CDU unentbehrlich. Preiswert und einfach zu bedienen, erreichen sie zu allen Jahreszeiten ein breitgestreutes Publikum.

Auf zwei Dinge kommt es an

Damit Wandzeitung und Schaukasten möglichst wirksam eingesetzt werden können, müssen folgende Voraussetzungen erfüllt sein:

- eine richtige Standortwahl
- eine aktuell-informative und attraktive Gestaltung

Ein Schaukasten (siehe Kasten!) soll ständig möglichst viele Bürger wirksam über die Politik der CDU informieren. Dafür sollte man für seine Platzierung nur beste Standorte auswählen, z. B.

- am Marktplatz, in der Fußgängerzone
- am SB- oder Baumarkt
- am Bahnhofsvorplatz, an der Bushaltestelle
- vor Kino, Theater oder Kulturzentrum
- bei der Schwimmhalle, am Sportzentrum

Sicherlich ist ein Schaukasten auch vor der örtlichen CDU-Geschäftsstelle am richtigen Platz angebracht.

Informiert kurz und bündig: Die CDU-Wandzeitung

Auch wenn Wandzeitungen speziell auf Schaukästen zugeschnitten sind, so erfüllen sie z. B.



auch an der Vorderseite von Canvassing-Ständen ihre Aufgabe bestens: Den Bürger aktuell und schlagwortartig zu informieren. Denn Information tut gut!

Das imponiert dem Bürger: Brandaktuelle Information im Schaukasten

Als Grundlage bewährt hat sich hierfür die Rahmenwandzeitung „Die CDU informiert“ (Bestell-Nr. 8003, 50 Expl. 17,50 DM, über das IS-Versandzentrum). Schlagzeilen aus Tageszeitungen (NRW-Rau pleite?) und interessante Textauszüge, die sich auf modernen Kopierern auch schaukastenwirksam vergrößern lassen, finden hierauf einen attraktiven und anziehenden Rahmen. Im von der CDU-Bundesgeschäftsstelle angebotenen Schaukasten ist zudem auch noch Platz genug für Themenflugblätter, Aufkleber, Terminhinweise u. v. m.

Grundsätzlich gilt: Den Schaukasten dort platzieren, wo sich viele Bürger aufhalten

Was hilft aber ein noch so funktioneller und gut platzierter Schaukasten, wenn der Bürger nicht auf ihn aufmerksam wird, nähertritt und sich über die CDU-Politik informiert? Es kommt also auf den richtigen Blickfang, auf den „Lockvogel“ im Schaukasten an.

Ein sehr geeignetes werbliches Mittel sind hierbei die eigens dafür konzipierten CDU-Wandzeitungen (siehe Kasten!).

Übrigens: Wandzeitungen gehören an die Öffentlichkeit. Als exklusive Party-Dekoration oder als abgeheftete Belegexemplare (das soll es wirklich geben!) sind sie am falschen Platz.

Beim Thema Schaukasten ist oftmals zusätzlich aber auch die Kreativität der Orts- und Kreisverbände gefragt. Immer dann, wenn sich in der Politik die Ereignisse überschlagen oder aber landes-, kreis- bzw. ortspolitische Themen im Vordergrund der Diskussion stehen, sollten die Schaukästen kurzfristig ganz individuell neu gestaltet werden.

● Alles über Schaukästen

Ein Top-Angebot, an dem nicht nur Material und Verarbeitung, sondern auch der Preis stimmt: Der CDU-Schaukasten mit magnethaftender Rückwand.

Technische Daten:

- Informationskasten in wetterfester Ausführung aus Aluminium, mattsilber eloxiert, Rahmentiefe 70 mm, Außenmaße 1 000 x 850 mm, reine Sichtfläche 840 x 690 mm.
- Sichtscheibe aus 4 mm bruchsicherem Acrylglas. Mit zwei Zylinderschlössern und vier Schlüsseln. Öffnen des Flügels um 180 Grad nach unten, staub- und spritzwasserfest. Luftzirkulation sorgt für Belüftung.
- Eine Beschriftung erfolgt durch die mitgelieferten, selbstklebenden, zweifarbig bedruckten Fensterklebestreifen.
- Magnethaftende Rückwand mit 20 Magneten.

Schaukasten, Artikel-Nr. H 901
335,— DM zuzügl. Mehrwertsteuer

Als Zubehör:

- Beleuchtungsgarnitur einschließlich Leuchtstoffröhre und Befestigungsmaterial
Artikel-Nr. H 9061
75,— DM zuzügl. Mehrwertsteuer
 - Ständergarnitur für Freiaufstellung, Oberfläche techn.-eloxiert, mattsilber
Artikel-Nr. 905
120,— DM zuzügl. Mehrwertsteuer
- Preise inkl. Verpackung und Versand frei Haus.

Bestellung ausschließlich an:
CDU-Bundesgeschäftsstelle
Konrad-Adenauer-Haus
Abt. Information
Telefon (02 28) 5 44-3 84

● Alles über Wandzeitungen

Weltmeister im Export

Seit vier Jahren wächst unsere Wirtschaft bei nahezu vollständiger Preisstabilität und die Reallohnkosten kräftig gestiegen. 540.000 zusätzliche Arbeitsplätze sind geschaffen worden. Der Kurs der Regierung Helmut Kohl stimmt.

CDU Die Zukunft

- geordnete Finanzen
- stabile Steuern
- Preisstabilität
- Flourerhaltung

Sollten Sie noch nicht in den Verteiler aufgenommen worden sein, dann wenden Sie sich umgehend an Ihre Kreisgeschäftsstelle. Von dort wird der geänderte Bedarf eines Kreisverbandes laufend an die CDU-Bundesgeschäftsstelle, Abteilung Öffentlichkeitsarbeit, gemeldet. Er wird dann bei der nächsten Wandzeitungsausgabe berücksichtigt.

Die CDU-Bundesgeschäftsstelle gestaltet, je nach der politischen Aktualität, alle vier bis sechs Wochen eine neue Wandzeitung, DIN A2 quer, zu einem interessanten Thema. Alle CDU-Verbände haben die Möglichkeit, Wandzeitungen für ihre Schaukästen kostenlos über die einzelnen Kreisgeschäftsstellen zu beziehen oder sie dort abzuholen.

Wort gehalten: Weniger Steuern für alle!

1000 DM IM SCHRITT

Vor der Bundestagswahl haben wir versprochen: Wir schaffen die meisten geschehen und leistungsfördernden Steuererleichterungen.

Jetzt kommt die Große Steuerreform!

Die CDU fordert: Die Steuererleichterungen sollen nicht nur für die Familien, sondern auch für die Unternehmen und die Arbeitsplätze.

CDU Die Zukunft

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
5300 BONN 1

Weltmeister im Export

Wir sind Weltmeister im Export. 11,3 Prozent aller Ausfuhren in der Welt kamen 1986 aus der Bundesrepublik Deutschland. An zweiter Stelle: die USA mit 10,1 Prozent vor Japan mit 9,7 Prozent. Das schafft sichere Arbeitsplätze. Denn jeder dritte Arbeitsplatz in der Bundesrepublik Deutschland hängt vom Export und damit von unserem Erfolg auf dem Weltmarkt ab. Zu diesen Erfolgen der deutschen Wirtschaft hat die verlässliche Wirtschafts- und Finanzpolitik der CDU-geführten Bundesregierung in den letzten Jahren maßgeblich beigetragen:

- geordnete Finanzen**
- niedrige Zinsen**
- Preisstabilität**
- Steuerentlastungen**

haben die Voraussetzungen dafür geschaffen, daß die deutschen Unternehmen diese Spitzenposition in der Welt erreichen konnten.

CDU

Die Zukunft

Seit vier Jahren wächst unsere Wirtschaft. Bei nahezu vollständiger Preisstabilität sind die Realeinkommen kräftig gestiegen. 640.000 zusätzliche Arbeitsplätze sind geschaffen worden. Der Kurs der Regierung Helmut Kohl stimmt.

Dies ist die neueste Wandzeitung der CDU-Bundesgeschäftsstelle für Ihren Schaukasten. Wenn Sie in den Verteiler für Wandzeitungen aufgenommen werden möchten, wenden Sie sich bitte an Ihre Kreisgeschäftsstelle, die Ihre Angaben an die Bundesgeschäftsstelle weiterleiten wird.

UID

28/87

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, Redaktion: Rolf Streubel, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, Btx-Nr. * 544 11 # Verlag: Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 23 40 91. Vertrieb: Telefon (02 28) 5 44-3 04. Verlagsleitung: Dr. Uwe Lütjke. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 504 152 (BLZ 380 500 00), Postgirokonto Köln Nr. 2214 31-502 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 48,— DM. Einzelpreis 1,20 DM. Herstellung: VA, Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.